



KODAK GRAY SCALE

C	Red-Filter Negative	Cyan Printer	M	Green-Filter Negative	Magenta Printer	Y	Blue-Filter Negative	Yellow Printer
----------	---------------------	--------------	----------	-----------------------	-----------------	----------	----------------------	----------------

00 A .10 .20 .30 .50 .70 M 1.00 1.30 1.60 B 1.90



black

3-color

white

cyan

violet

magenta

primary red

yellow

green



KODAK COLOR CONTROL PATCHES



These colors have been selected as representative of those inks commonly used in photomechanical reproduction.

1204 769

UB Braunschweig

84



1204-769-5

Q525

No. 616. u e b e r d e n *Q. M.*

Zeitpunkt der Volljährigkeit

1204-7695

d e r P r i n z e n

a u s d e m H a u s e B r a u n s c h w e i g .

V o m

P r ä s i d e n t e n H u r l e b u s c h

z u W o l f e n b ü t t e l .

H e l m s t e d t ,

i n C o m m i s s i o n d e r G . G . F l e c k e i s e n s c h e n B u c h h a n d l u n g .

1 8 2 0 .



As 25

§. I.

Bei den alten Deutschen, so lange sie außer Waffen und einem geringen Hausgeräthe nichts, ihnen ausschließlich gehöriges, hatten, bedurfte es einer Vormundschaft nicht, weil nichts zu verwalten vorhanden war ⁽¹⁾; es konnte also auch von dem Zeitpunkte einer zum Zweck der Verwaltung seines Vermögens eintretenden Volljährigkeit nicht die Rede seyn.

Als sie mit der Zeit Privat-Eigenthum erwarben, mußte nun zwar eine vormundschaftliche Verwaltung eintreten; doch hing ihre Endschaft Anfangs lediglich von dem Ermessen des Vormundes ab, der, weil er während derselben die Güter des Minderjährigen, ohne Rechnung abzulegen, benutzte, die Herausgabe derselben möglichst zu verzögern pflegte, und darüber mit dem oft ungedul- digen Pupillen nicht selten in Streit gerieth.

⁽¹⁾ Man sehe über diese Materie Leyser spec. 327. m. 4—7.
Runde Grundf. des Deutschen Privat-Rechts. §. 294.
u. fg. Danz Handbuch des Deutschen Privat-Rechts.
§. 294. fg.

Dieß gab in der Folge Veranlassung, den Zeitpunkt der Volljährigkeit gesetzlich zu bestimmen; und ward solche Anfangs, jedoch nur für die Söhne, von gewissen körperlichen Kennzeichen, nachher aber für beide Geschlechter, von bestimmten Jahren abhängig gemacht, wozu (im Ganzen genommen und einzelne Verschiedenheiten abgerechnet) im südlichen Deutschlande das zurückgelegte 18te, in Sachsen und dem übrigen nördlichen Deutschlande aber das zurückgelegte 21ste Jahr gewählt ward, bis endlich mit Ausnahme des römischen Rechts, in den Landen, sowol des Schwäbischen oder Fränkischen Rechts, als in denjenigen, wo das Sachsenrecht sein Ansehen verlor, auch die in dem römischen Rechte geordnete Volljährigkeit angenommen ward.

§. 2.

Daß diese Volljährigkeit nicht bloß bei Privatpersonen, sondern auch, in so fern Ausnahmen nicht nachgewiesen werden können, bei den zur Regierung deutscher Lande bestimmten Prinzen zur Anwendung kommen müsse, scheint erheblichen Zweifeln nicht unterworfen zu seyn. Zwar ist in der guldernen Bulle ⁽¹⁾ die Majorennität

(1) Tit. 7. §. 4.

der Kurfürsten auf das zurückgelegte 18te Jahr gesetzt; auch fehlt es an Gründen nicht, diese Disposition auf sämtliche deutsche Prinzen zu erstrecken ⁽²⁾, dennoch scheint die verneinende Meinung die richtigere ⁽³⁾; auch hat noch in neuern Zeiten der Reichshofrath das 25ste Jahr als die "Reichsgesetzmäßige Zeit der Volljährigkeit" angenommen ⁽⁴⁾.

Doch giebt es davon mehrere Ausnahmen, welche auf Familienverträgen, Kaiserl. Privilegien und Observanzen beruhen ⁽⁵⁾. Daß unter diese Ausnahmen auch das Herzogliche Haus Braunschweig gehöre, hoffe ich im Folgenden überzeugend darzuthun.

(2) Eubewig Erläuterung der goldenen Bulle. Tit. 7. §. 4. Lit. l. und m. (im 1sten The. S. 734.) Ribbentrops Beiträge zur Kenntniß der Verfassung des Herzogthums Braunsch. Lüneburg. Thl. I. S. 115.

(3) Leyser, additt. XV. ad Wismanni diss. de feudis Brunsw. Mosers Staatsrecht. Theil 18. S. 424. folg. 432. Leift Staatsrecht. §. 49.

(4) Neuß Staats-Canzlei. Theil 3. S. 307. add. Theil 7. S. 210.

(5) Moser am angef. Orte. S. 383. folg. Häberlins Repertorium des Deutschen Staats- und Lehnrechts. Thl. 3. S. 373. §. 8.

§. 3.

Ich übergehe, daß in frühern Zeiten der Termin des Antritts der Landesregierung in dem Fürstlichen Hause Braunschweig verschieden gewesen ist; — daß Heinrich der Löwe ⁽¹⁾ (geboren im Jahre 1129) die Regierung

(1) Ich kann diese Gelegenheit nicht vorbei lassen, ohne auf einige bemerkenswerthe Aehnlichkeiten zwischen Heinrich dem Löwen und Carl Wilhelm Ferdinand aufmerksam gemacht zu haben. Beide Fürsten waren gleich groß, vom Unglücke verfolgt, und ihrer Lande, woraus sie flüchten mußten, beraubt; beide waren mit Engl. Prinzessinnen vermählt, hatten jeder vier Söhne, von welchen drei sie überlebten und der jüngste, Namens Wilhelm, den Stamm fortpflanzte, aber nur kurze Zeit regierte, und seinen Regierungs-Nachfolger in dem Alter von 10 Jahren zurückließ.

Wenn übrigens die Geschichte, Heinrichs des Löwen Enkel und Wilhelms Sohn: Otto, als einen vortreflichen Regenten schildert, wenn auf ihm der Geist seines Großvaters ruhte, wenn Scheid (Orig. Guelf. Tom. IV. p. 8. not. h.) von ihm sagt: *Gesta ejus ostendunt, dignum omnino esse, qui apud posteritatem Otto Augustus potius, quam alio quovis modo cognominetur*, zu was für großen Erwartungen muß nicht der Enkel des Löwen neuerer Zeit, der Sohn Friedrich Wilhelms berechtigen? —

schon im Jahre 1146 ⁽²⁾, — daß sein Enkel, Otto das Kind, (geb. 1204) ungeachtet seiner Abhängigkeit von seinem Oheime und Vormunde, dem Pfalzgrafen Heinrich ⁽³⁾ sie schon im Jahre 1223 ⁽⁴⁾ — und daß dessen Sohn Albrecht (geb. 1236) sie gleich nach seines Vaters, im J. 1252 erfolgten Tode, antrat ⁽⁵⁾; — daß sogar im Jahre 1292 die beiden Herzöge, Otto und Albrecht, verordneten: daß die Vormundschaft über ihre Söhne nur bis zu deren zwölften Jahre dauern solle ⁽⁶⁾; — daß nachher im Jahre 1370 Herzog Magnus mit der Kette, in seinem Testamente die Vormundschaft über seine Söhne zwar bis auf das 20ste

(2) Rehtmeyers Chronik. Thl. I. S. 310. Note d, und S. 312.

(3) Desterley Geschichte Herzogs Otto des Kindes. S. 17.

(4) Rehtmeyers Chronik. Thl. I. S. 462. Thl. 3. S. 1824. Kochs pragmatische Geschichte des Hauses Braunschweig-Lüneburg. S. 83.

(5) Rehtmeyer. Thl. I. S. 491. Vorrede zu Scheids Cod. diplomat. S. XXVII.

(6) Grubers Zeit- und Geschichtsbeschreibung der Stadt Göttingen. Thl. I. S. 66. (Orig. Guelf. Tom. IV. praef. p. 20.) Grath von den Braunschw. Lüneb. Erbtheilungen. S. 10. Note 27, und S. 126. Note 102.

Jahr erstreckte (⁷); — daß hingegen seine Söhne Bernhard und Heinrich sie im Vertrage vom Jahre 1415 nur bis auf das vollendete 18te Jahr beschränkten (⁸); — daß sogar sein einer Enkel Wilhelm der Siegreiche, als er seinem Vater, Heinrich, dem Stifter des mittlern Hauses Braunschweig, in der Regierung folgte, erst 16 Jahr alt war, gleichwol von einer Vormundschaft nichts constirt (⁹); — auch sein anderer Enkel Heinrich frühzeitig zur Regierung gekommen ist (¹⁰); — daß endlich ein dritter Enkel von ihm, Friedrich der Fromme im Jahre 1477 in seinem Testamente die Majorennität seines Enkels, Heinrichs des Mittlern, auf das zurückgelegte 18te Jahr bestimmt hat (¹¹); — dieß Alles

(⁷) Orig. Guelf. Tom. IV. praef. p. 50. Merkwürdig ist es, daß die ernannten Vormünder in ihren Reversalen von 25 Jahren sprechen. (Orig. Guelf. l. c. p. 51.) Wahrscheinlich durch diese Abweichung ist Koch am angef. Orte S. 213. verleitet: 25 Jahre anzunehmen; er setzt aber hinzu: daß dieser Verordnung nicht nachgegangen sey.

(⁸) Koch S. 277. Venturini Handbuch der vaterländischen Geschichte. Thl. 2. S. 507.

(⁹) Erath am angef. Orte S. 34. Note 5. Koch am angef. Orte S. 282. Venturini, S. 514.

(¹⁰) Erath, S. 80. Note 56.

(¹¹) Rehtmeyer, Thl. 2. S. 1318. Pfeffingers Historie

sage ich, übergehe ich, als zur Antiquität gehörig, mit Stillschweigen, und gehe sogleich zu dem Vertrage vom 16ten November 1535 über (¹²), welcher als noch gültiges Landes-Grundgesetz zu betrachten, und worin die Sache klar entschieden ist.

§. 4.

Es ist derselbe errichtet zwischen Heinrichs des ältern Söhnen: Heinrich dem jüngern und Wilhelm, und ist dadurch das Recht der Erstgeburt eingeführt und die Mündigkeit der Herzöge auf das zurückgelegte 18te Jahr gesetzt (¹). Ueber jenes Recht, als

des Braunsch. Lüneb. Hauses. Thl. 2. S. 72. Mosers Staatsrecht. Thl. 17. S. 358. Leyser ad Wisman I. c. Koch, S. 384. Rudloffs Geschichte der Kur- und Fürstl. Häuser. Thl. 1. S. 93. 206. Daß das Testament vom Kaiser bestätigt sey, sagt Selchow in der Geschichte des Hauses Braunsch. Lüneb. §. 257.

(¹²) Er steht beim Hortleder, von den Ursachen des deutschen Krieges. Thl. 1. Buch 4. Cap. 31. Rehtmeyer, Thl. 2. S. 831. Ribbentrop's Sammlung der Landtags-Abschiede. Bd. 1. S. 25.

(¹) Pfeffinger am angef. Orte. Thl. 1. S. 649. v. Selchow §. 221. Steffens Geschichte des Hauses Braunschweig-Lüneb. §. 139.

welches überall nicht bezweifelt wird, ist hier nicht zu reden; was aber den Zeitpunkt der Mündigkeit betrifft, so sind, wie ich höre, die Meinungen des Publikums, das sich jetzt viel mit dieser Frage beschäftigen soll, darüber getheilt, und mögte also die öffentliche Beantwortung derselben vielleicht ein Wort, zu seiner Zeit geredet, seyn.

Ich bitte meine Leser, zuvörderst die hierher gehörige Stelle des Vertrags in der Note ⁽²⁾ nachzulesen, und sodann folgendes in Erwägung zu ziehen.

(2) „Gefügte sich also, daß in Zeit, wenn uns Herzog Wilhelm und unsern Erben die Erneuerung dieses Vertrags „gebührte, unsere Erben unmündig wären, alsdann sollen „deren Vormünder und Rätthe sich verschreiben und verbürgen, daß sie diesen erblichen Vertrag, in Zeit unserer Erben „Minderjährigkeit straks verfolgen; auch davor seyn wollen „und sollen, wenn unsere unmündige Erben ihre vollkommenen Jahre und Alter, als achtzehn Jahr, „erlangen, daß alsdann dieselben diesen Vertrag vollziehen, „erneuern, bevestigen, bestätigen und halten sollen und wollen. „Und wenn das von ihnen also geschehen, dann und nicht „eher sollen der Vormünder und Rätthe Gelübde, Zusage, „Brief, Siegel und Bürgschaft todt, ab und gefallen seyn.

„Im Fall aber, wenn in Zeit dieser Verträge = Erneuerung unser, Herzog Wilhelms Erben mündig, und unser, „Herzog Heinrichs Erben unmündig wären, alsdenn soll „unsern, Herzog Heinrichs Erben nichts desto weniger die „Erneuerung von uns, Herzog Wilhelm und unsern

Wenn gesagt wird:

„Wenn unsere unmündige Erben ihre vollkom-
mene Jahre und Alter, als achtzehn
Jahr, erlangen;“

und wenn gleich darauf die von einem Unmündigen, wenn er achtzehn Jahre erreicht, geschehene Erneuerung dieses Vertrages, für eine, in Zeit seines rechten Alters erfolgte, Erneuerung gehalten wird; so ist schon hieraus klar genug: daß die Contrahenten das achtzehnte Jahr, als das vollkommene Alter und rechte Jahr, das ist, als den Zeitpunkt der Volljährigkeit angenommen haben. Der Zusammenhang wird dieß noch deutlicher ergeben.

„Erben geschehen; aber herwieder sollen des Unmündigen
„Vormünder und Rätthe sich verschreiben und verbinden, daß
„der Unmündige, wenn er achtzehn Jahr erreicht,
„uns und unsern Erben seine Erneuerung dieses Vertrags
„zustellen, und darin geloben soll, daß er alles, was ihm
„dieser Vertrag auflegt, gegen uns und unsere Erben leisten
„und halten wolle. Und wenn in Zeit seines, des Unmün-
„digen, rechten Alters, solche Erneuerung von ihm ge-
„schehen ist, dann sollen der Vormünder oder Rätthe Ver-
„schreibung und Brieffschaften, so sie uns und unsern Erben
„gethan haben, auch kraftlos, nichtig und unbündig seyn.“

Ribbentrops Landtags-Abschiede, S. 32. 33. Reht-
meyer, Thl. 2. S. 884.

Es war nämlich verabredet: daß dieser Vertrag von Zeit zu Zeit erneuert werden solle; und es kam darauf an, zu bestimmen: wie es zu halten sey, wenn zu der Zeit, da die Erneuerung geschehen mußte, die Erben des einen oder des andern der Contrahenten unmündig seyn sollten. Darüber ward nun folgendes festgesetzt:

Würden Wilhelms Erben sodann unmündig seyn; so sollten ihre Vormünder und Räthe sich verbürgen: daß sie diesen Vertrag während sothaner Minderjährigkeit genau befolgen, auch dafür sorgen wollten, daß wenn die unmündigen Erben ihre vollkommenen Jahre und Alter, als achtzehn Jahre, erlangen, alsdann diese Erben selbst, den Vertrag vollziehen, erneuern und halten sollen; und wenn dieß von ihnen also geschehen: so sollten die Gelübde und Zusage der Vormünder und Räthe todt, ab, und gefallen seyn.

Wären hingegen Heinrichs Erben zu solcher Zeit unmündig; so sollte die Erneuerung zwar von Wilhelms Erben geschehen; es sollten aber des Unmündigen Vormünder und Räthe sich verschreiben und verbinden: daß der Unmündige, wenn er achtzehn Jahre erreicht, die Erneuerung des Vertrags auch seiner Seits den Erben Wilhelms zustellen und darin geloben solle, Alles, was ihm dieser Vertrag auflegt, zu leisten

und zu halten; und sollte, wenn solches in Zeit seines rechten Alters geschehen, die Verschreibung der Vormünder oder Rätthe kraftlos, nichtig und unbündig seyn.

Wenn nun, wie schon gesagt, das achtzehnte Jahr das vollkommene Jahr und Alter, und bald nachher das rechte Alter genannt wird; — wenn ferner die Vormünder nur bis dahin, daß die unmündigen Erben dies Alter erreicht haben, verbindlich seyn, von der Zeit an aber die Verbindlichkeit, den Vertrag zu halten und was er auflegt zu leisten, einzig den Erben obliegen, die Verbindlichkeit der Vormünder aber, todt, abgefallen, kraftlos, nichtig und unbündig seyn, also die Vormundschaft aufhören soll; wer fühlt dann nicht: daß hiedurch das achtzehnte Jahr als der Termin der Mündigkeit und des Regierungs-Antritts angenommen und festgesetzt ist!

Es war auch in der That sehr gerathen, bei dieser Gelegenheit den Zeitpunkt des Regierungs-Antritts, zumal bei der bisherigen Verschiedenheit, für die Zukunft ein für allemal zu bestimmen; damit nicht eines Theils der Erstgeborne die Regierung zu früh, und ehe man ihm Einsicht und Ueberlegung genug zutrauen konnte, übernehmen; aber auch andern Theils die vormundschaftliche Regierung nicht länger als nö-

thig dauern möge; — und scheint man dabei die neuesten Bestimmungen, nemlich den Vertrag der Gebrüder Bernhard und Heinrich, desgleichen das Testament Friedrichs des Frommen (§. 3.) vor Augen gehabt zu haben.

§. 5.

Soviel über den Inhalt des Vertrags; — es kommt jetzt noch darauf an: ob er zu Recht beständig, und, ob er nicht in der Folge aufgehoben ist. Genes soll hier, letzteres im folgenden §. erörtert werden.

Beide Gebrüder haben den Vertrag nicht bloß für ihre Person, sondern auch namentlich und ausdrücklich für ihre Erben, Erbnehmen und Nachkommen, geschlossen; wie solches schon aus dem, so eben erzählten Inhalte desselben ersichtlich ist; — Beide haben feierlichst versprochen und sich an Eidesstatt angelobt, ihn in allen seinen Artikeln, Clauseln, Punkten und Meinungen fest zu halten; ⁽¹⁾ — haben ferner "damit dieser Erb-Vertrag desto stattlicher von uns und unsern Erben gehalten und

(1) Ribbentrops Landtags-Abschiede. S. 38. 39. 40.

”verfolgt werde”, verabrebet, bei dem Kaiser um dessen Confirmation und Ratification nachzusuchen ⁽²⁾.

Nicht genug aber, daß sie ihn unter sich geschlossen haben; er ist auch mit der gesammten Landschaft des Fürstenthums Braunschweig abgeschlossen; letztere hat ihn aufzurichten gerathen, ihn für gut und nützlich gehalten, ihn feierlich bewilligt, angenommen und unterschrieben; es ist ihr ein Original davon gestellt ⁽³⁾; und von beiden Fürsten versprochen, daß, nach erfolgter Kaiserlicher Confirmation, sie Beide und demnächst ihre Erben, auch der Landschaft an Eides statt versprechen wollten, alle Artikel dieses Vertrags fest zu halten ⁽⁴⁾; — auch ist nachher die Kaiserliche Confirmation wirklich erfolgt, und der Vertrag vom Kaiser Carl dem Fünften ”mit allem seinem Inhalte, Stücken und Punkten, keines davon ausgeschieden,” bestätigt ⁽⁵⁾.

Es ist also vorhanden:

1) ein Vertrag der beiden Fürsten unter sich, und zwar ein sehr deutlicher und feierlicher Vertrag;

⁽²⁾ Ribbentrop am angef. Orte. S. 38.

⁽³⁾ Ribbentrop. S. 40. 42.

⁽⁴⁾ Ribbentrop. S. 38.

⁽⁵⁾ Rehtmeyer. Thl. 2. S. 889.

2) ein Vertrag eben dieser Fürsten auf der einen, und der gesammten Landschaft des Fürstenthums Braunschweig auf der andern Seite. Solchergestalt haben nicht bloß die Fürsten, sondern auch die Unterthanen ein vollkommenes Recht erlangt, das einseitig nicht aufgehoben und keinem der Contrahenten, ohne Zustimmung des andern Theils entzogen werden kann, — das Recht nämlich, die einen, nach zurückgelegtem achtzehnten Jahre die Regierung anzutreten, die andern, nicht länger als bis zu solchem Zeitpunkte, unter vormundschaftlicher Regierung zu stehen.

Dazu kommt

3) die Confirmation des Kaisers, welche die volle Würkung eines Kaiserlichen Privilegiums hat. Niemand bezweifelt, daß das Recht, die Volljährigkeit früher, als zu dem, in den Gesetzen bestimmten Zeitpunkte zu erlangen, durch Kaiserl. Privilegien hat erworben werden können; eben so gut konnte das aber auch durch Bestätigung solcher Verträge oder Hausgesetze geschehen, worin eine frühere Zeit der Volljährigkeit bestimmt ist (*).

(*) Mosers Staatsrecht. Thl. 18. S. 433. §. 10 am Ende.
 Gönners Staatsrecht. §. 79. Nr. 5. Auch ward ehemals das Recht auf Appellations-Colleminen, nicht bloß durch förmlich ausgefertigte Kaiserl. Privilegien, sondern auch

Hiezu kommt zum Ueberflusse noch:

4) die Observanz, wovon ich hernach (§. 7. und 10.) reden werde; auch

5) ein neuer Vertrag des Herzogs Carl mit der Landschaft; indem der letztern ausdrücklich versprochen ist:

„der gnädigste Landesherr wollen von getreuen

„Ständen die Erbhuldigung nicht eher verlan-

„gen, bis dieselben, wie über den punctum pri-

„mogeniturae, also über das pactum Henri-

„co-Wilhelminum hinlänglich affecurirt wor-

„den sind.“ (?)

Also nicht bloß derjenige Theil des pacti, worin die primogenitur festgesetzt ist, soll gehalten werden, sondern auch der ganze übrige Theil desselben, wie solches die Worte:

„wie über den punctum primogeniturae, al-

„so über das pactum u. s. w.“

sehr deutlich ergeben.

durch statuta ab imperatore confirmata erworben, Ludolff de jure camerali. Sect. II. §. 2. Nr. XI. Not. a. Pütter proc. imperii. §. 192.

(?) Gesammter Landschaft privilegia und Befugnisse vom J. 1770. Art. 9.

Urtheile nun, wer urtheilen kann, ob nicht das Recht der Erstgeburt, so wie das Recht, nach zurückgelegtem achtzehnten Jahre volljährig zu werden, auf den stärksten Gründen beruhe!

Recht absichtlich verbinde ich beide Rechte mit einander, wenn gleich hier nur von dem letztern die Rede ist; — denn es ist klar genug, daß das eine nicht auf stärkern Gründen beruhet, als das andere. Beide beruhen auf gleich starken Gründen, und gewiß auf sehr starken.

§. 6.

Dies sey genug zur Antwort auf die erste Frage! Es kann jetzt nur noch auf die zweite ankommen, ob nämlich dieser Vertrag auf eine, zu Recht beständige Art, also mit Einwilligung Aller, quorum interest, wieder aufgehoben ist.

Ehe ich jedoch dazu schreite, bemerke ich noch, daß der Oheim beider Contrahenten, Erich der ältere, in seinem Testamente verordnet hatte, daß sein Sohn Erich II. bis dahin, daß er zu seinen Jahren gekommen seyn würde, unter der Vormundschaft seiner Mutter bleiben solle ⁽¹⁾; daß aber derselbe, kaum achtzehn Jahr

(1) Venturini Handb. der vaterl. Gesch. Thl. 3. S. 155.

alt, die Regierung im Jahre 1545 selbst angetreten hat ⁽²⁾. Wahrscheinlich hat der erwähnte Vertrag dazu Veranlassung gegeben.

Was nun die oben erwähnte zweite Frage selbst betrifft: so wird zum Beweise, daß der Vertrag wirklich aufgehoben sey, daß, im Jahre 1582 errichtete Testament des Herzogs Julius, eines Sohnes des einen der Paciscenten, Heinrich des Jüngern angeführt. Es erregt schon kein günstiges Vorurtheil, wenn man zu glauben scheint, daß die Aufhebung eines, zwischen drei verschiedenen Parteien so feierlich abgeschlossenen Vertrages bloß durch eine so einseitige Handlung, als ein Testament ist, bewürkt werden könne; noch mehr aber wird die Bezugnahme auf dies Testament befremden, wenn man den Inhalt desselben erwogen hat. Zwar verordnet Herzog Julius darin: daß seine Gemahlin "so lange als unser ältester Sohn "und verordneter Herzog Heinrich Julius sein voll- "kommenes Alter, und zum wenigsten 25 Jahr ⁽³⁾ er- "langt und seine studia complirt haben wird, die ganze

⁽²⁾ Rehtmeyer, Thl. 2. S. 794. 798. Pfeffinger, Th. 1. S. 570. 576. Venturini. S. 159.

⁽³⁾ Zum wenigsten 25 Jahr?

„Fürstl. Regierung haben und behalten solle;“ (4) allein wenn man auch annehmen könnte und wollte, daß dieser sein Sohn schuldig gewesen sey, die Regierung, bis zum vollendeten 25sten Jahre in den Händen seiner Mutter zu lassen, und daß selbst die Landschaft die Dauer der vormundschaftlichen Regierung sich bis dahin hätte gefallen lassen müssen; so ist doch so viel klar: daß der erwähnte Vertrag, wenigstens in Ansehung der übrigen Regierungs-Nachfolger, durch das Testament weder hat aufgehoben werden können noch sollen.

Das „nicht können“ bedarf für den aufmerksamen Leser keines weitem Beweises; das „nicht sollen“ folgt daraus, weil Herzog Julius

1) den Zeitpunkt des Regierungs-Antritts, einzig für seinen ältesten Sohn Heinrich Julius, keinesweges aber im Allgemeinen für sämtliche Prinzen des Hauses, (5) nicht einmal für seine übrigen Söhne, die er doch unmittelbar vorher, seinem äl-

(4) Rehtmeyer, Ehl. 2. S. 1042. vers. „damit nun dieses unser statutum 2c.“

(5) Wie Scheid in den Anmerkungen zu Mosers Braunschw. Lüneb. Staatsrecht S. 53. zu glauben scheint.

testen Sohne auf den Todesfall substituirt, ⁽⁶⁾ bestimmt; auch

2) gedachten Vertrag nicht nur in seinem Testamente ausdrücklich und in den stärksten feierlichen Ausdrücken als gültig anerkannt, sondern auch durch den Kaiser Rudolf bestätigen lassen hat. ⁽⁷⁾

Wahrscheinlich hat Herzog Julius besondere Gründe gehabt, gerade seinen ältesten Sohn länger, wie gewöhnlich, von der Regierung auszuschließen. Letzterer hatte schon im Jahre 1578, auf vorher vom Kaiser erhaltene Veniam aetatis, die Regierung von Halberstadt angetreten, ⁽⁸⁾ — vielleicht überzeugte den Vater die bisherige Erfahrung, daß sein, zur Zeit der Errichtung des Testaments bald achtzehnjähriger Sohn, noch nicht fähig sey, Land und Leute zu regieren; welches um so leichter der Fall seyn konnte, da derselbe zwar ausgebreitete gelehrte Kenntnisse besaß, destoweniger aber dasjenige wußte, was ihm als Regenten zu wissen nöthig war. ⁽⁹⁾ Vielleicht wollte er auch nur zeigen, wie we-

⁽⁶⁾ Rehtmeyer, Thl. 2. S. 1042. vers. „Wo auch unser jegiger ältester Sohn u.

⁽⁷⁾ Rehtmeyer, Thl. 2. S. 1032. 1035.

⁽⁸⁾ Das. S. 1087. Pfeffinger, Thl. I. S. 781.

⁽⁹⁾ Benturini, Thl. 3. S. 225.

nig Rücksicht er auf eine Kaiserl. *veniam aetatis* nehme. — Derselbe hatte sich bei jener Gelegenheit die Tonsur geben lassen, welches, als einen päpstlichen Gebrauch, die evangelischen Gottesgelehrten sehr mißbilligten ⁽¹⁰⁾; vielleicht fürchtete Herzog Julius gar für die evangelische Lehre, die ihm sehr am Herzen lag; und wollte daher seinen Sohn so lange als möglich für übereilte Schritte bewahren. — Vielleicht stand überhaupt gerade das 25ste Jahr bei ihm in Ansehen; weil er kurz vorher verordnet hatte, daß keiner seiner Söhne, und namentlich Heinrich Julius, sich mit niemand in eine Heirath einlassen, viel weniger vollziehen sollte, sie haben denn "ihre vollkommene, verständige, männliche" und zum wenigsten 25 Jahr, wo nicht älter, wie Wir selbst zu Unserer Verheirathung gewesen, erreicht ⁽¹¹⁾.

Zwar muß man sich hier mit einem "Vielleicht" behelfen, aber das genügt hier auch; denn daß Herzog Julius nur bloß die Zeit des Regierungs-Antritts seines ältesten Sohnes bestimmt hat, ist so klar, daß man ihn nicht mißverstehen kann, wenn man gleich die Motive nicht weiß, die ihn dazu bewogen haben. Es ist

⁽¹⁰⁾ v. Sclhows §. 237.

⁽¹¹⁾ Rehtmeyer Th. 2. S. 1039.

dies um so klärer, da er bei dem Verbote einer Heirath, aller seiner Söhne, hier aber namentlich und ausdrücklich nur des ältesten erwähnt hat.

§. 7.

Merkwürdig ist es übrigens, daß dies Testament, selbst von dem Sohne des Testators, nicht einmal befolgt ist. Als nämlich Herzog Julius am 3ten May 1589 starb, war sein Sohn Heinrich Julius (geboren den 15ten October 1564) noch nicht 25 Jahr alt; ⁽¹⁾ erklärte gleichwol unmittelbar nach Verlesung des väterlichen Testaments: daß er die Regierung antreten wolle; womit auch die Landschaft einverstanden war ⁽²⁾. Noch weniger haben sich seine entfernteren Nachfolger darnach gerichtet. Sein Enkel Friedrich Ulrich (geboren den 5ten April 1591) war bei dem, am 20sten Julius 1613 erfolgten Absterben seines Vaters, Heinrich Julius, ebenfalls noch nicht 25 Jahr alt, und hat dennoch die Regierung sofort angetreten ⁽³⁾. Ja Herzog August, der Stifter der neuen Wolfenbü-

(1) Rehtmeyer S. 1082. 1087.

(2) Derselbe S. 1088.

(3) Derselbe S. 1183. 1193. Scheid a. a. D.

telschen Linie, (geboren den 10ten April 1579) war bei dem, am 17ten Januar 1598 erfolgten Absterben seines Vaters Heinrich, erst 18 Jahr alt; (⁴) doch ist eine Vormundschaft für ihn nicht angeordnet, obgleich seine Mutter an seine Minderjährigkeit geglaubt zu haben scheint, und ihn, der damals in Tübingen studirte, aufgefordert hat, sich zu erklären, welchen von den Verwandten und Freunden er gern zum Curator haben wolle. In allen diesen Fällen hat also, nicht das Testament des Herzogs Julius, sondern das pactum Henrico-Wilhelminum zur Richtschnur gedient.

Als Herzog August im Jahr 1666 starb, hatten seine Söhne Rudolph August, Anton Ulrich und Ferdinand Albrecht I. das 25ste Lebensjahr längst überschritten; eben dies war, bei Anton Ulrichs Absterben, der Fall bei seinen Söhnen August Wilhelm und Ludwig Rudolph; und konnte also von einer Vormundschaft nicht die Rede seyn. Hingegen hinterließ Augusts dritter Sohn, Ferdinand Albrecht I. (der Großvater Herzogs Carl) bei seinem am 3ten April 1687 erfolgten Absterben, sechs Kinder, sämmtlich weit

(⁴) Rehtmeyer Th. 3. S. 1381. 1382.

unter 18 Jahren ⁽⁵⁾, für welche also eine Vormundschaft nöthig war, auch angeordnet ist. Ueber die Dauer derselben ist aber überall nichts bekannt; und willkürlich voraussetzen läßt sich wol nicht, daß sie, jenem pacto und der bisherigen Observanz zuwider, sich noch über das 18te Jahr hinaus erstreckt habe; erwiesen werden kann es aber nicht: daß sie bis zum 25sten Jahre fortgesetzt ist. Zwar ist die Beeidigung der Vormünder erst im October 1696, also zu einer Zeit geschehen, wo die beiden ältesten Kinder, und namentlich der älteste Sohn August Ferdinand, das 18te Lebensjahr bereits überschritten hatten; und scheint es daher, daß die Vormundschaft sich noch über das 18te Jahr hinaus erstreckt habe; aber es scheint auch nur so, und wird die folgende Erzählung ergeben, daß nach Lage der Sache das nicht nothwendig daraus folge.

Es war nämlich im Jahre 1688 dem Cammergerichte (damals zu Speyer) ganz im Allgemeinen angezeigt: daß die vom Herzog Ferdinand Albrecht hinterlassenen Kinder noch unmündig wären, und geschah dabei weder ihres Namens noch ihres Alters Erwähnung.

⁽⁵⁾ Die älteste Tochter war geboren im Jahre 1674.; der älteste Sohn August Ferdinand im Jahre 1677.

Die bekannten damaligen Kriegsunruhen, wodurch auch das Cammergericht bedeutend litt, und welche nachher dessen Verlegung nach Wehlar bewirkten ⁽⁶⁾, verzögerten die Beeidigung der Vormünder, und sie konnte erst im Jahre 1696 zu Wehlar erfolgen. Daß in dieser Zwischenzeit zwei Kinder bereits das 18te Jahr zurückgelegt hatten, war dem Cammergerichte von den Vormündern nicht angezeigt; wahrscheinlich weil sie ja, dessen ungeachtet, würden haben beeidigt werden müssen, indem noch 4 Kinder unter 18 Jahren vorhanden waren; und weil sie jede Gelegenheit zu etwaigem neuen Aufenthalte vermeiden wollten.

Das Cammergericht war also in gänzlicher Unwissenheit über das Alter der Kinder, und beeidigte daher die Vormünder nur ganz im Allgemeinen für die minoren Kinder, ließ auch, so viel ich weiß, kein *tutorium expediren*, — offenbar also kann man nicht sagen: daß es auch den Kindern, die das 18te Jahr bereits zurückgelegt hatten, also schon majoren waren, Vormünder bestellt habe, oder habe bestellen wollen; — wie denn auch, wie schon gesagt, nicht nachgewiesen

(6) Pütters historische Entwicklung der Staatsverfassung des Deutschen Reichs. Thl. 2. S. 410.

werden kann, daß sich die Vormundschaft über das 18te Jahr hinaus erstreckt hat. Zu diesen, damals noch minderjährigen, Kindern gehörte auch Ferdinand Albrecht II. (geb. 1680) welcher nach dem im J. 1735 erfolgten Absterben Ludwig Rudolphs die Regierung hiesiger Lande antrat, aber schon am 3ten September desselben Jahrs mit Tode abging, und seinen ältesten Sohn und Nachfolger, Carl (geb. den 1. August 1713) im 23sten Jahre seines Alters zurückließ. Von diesem wird nun jetzt ausführlicher zu reden seyn.

§. 8.

Da derselbe gleich nach seines Vaters Tode die Regierung hiesiger Lande, ohne Vormundschaft, antrat: so haben alle Schriftsteller, die dieser Thatsache erwähnen, sie als Beweis aufgestellt: daß ein 25jähriges Alter zur Majorennität nicht erforderlich sey ⁽¹⁾; ohne Zweifel aber haben sie nicht gewußt, daß Herzog Carl vom Kaiser veniam aetatis erhalten hat; und eben dieser Umstand scheint, meiner bisherigen Ausführung sehr entgegen zu

(1) Mosers Braunschw. Staatsrecht. S. 98. §. 7. Scheids Anmerk. dazu. S. 53. §. 26. Rudloff S. 206. Note f. Ribbentrops Beiträge. S. 118.

stehen. Doch der Schein trügt oft und auch dießmal!
Es hat mit der *venia aetatis* folgende Bewandniß:

Als Herzog Ferdinand Albrecht starb, war Herzog Carl abwesend und bei der Kaiserl. Armee am Rheine befindlich ⁽²⁾. Die vormundschaftliche Regierung, wenn es einer solchen bedurft hätte, würde nun in Gemeinschaft mit Herzogs Carls Mutter auf seinen Oheim, den Herzog Ernst Ferdinand von Bevern, welcher auch wirklich Ansprüche darauf machte, gefallen seyn. Letzterer hatte aber mit dem regierenden Hause manche Differenzen; man fürchtete ihn überall, und am meisten fürchtete ihn der damalige Braunschw. Premier-Minister von Münchhausen, welcher in sehr gespannten Verhältnissen mit ihm stand; und dieser war es, der in größter Eile, und selbst ohne Vorwissen des Herzogs Carl, *veniam aetatis* für ihn auswürfte. Er erklärt sich selbst darüber in einem Pro Memoria folgendergestalt: „Bei dem schmerzlich und unvermutheten Todesfall *Serenissimi* hat man billig darauf zu sehen, daß alle Curatel verhütet werde. Der leichteste Weg hiezu ist nun freilich die *veniam aetatis* von Kaiserl. Majestät zu erhalten, als wodurch alle Disputen und Ansprüche gänzlich verhütet werden, welche des Herzogs Ernst Durchlaucht als *proximus agnatus* machen wollen. Um nun sogleich dieses zu erhalten, habe ich ein Memorial übergeben, und versichere, daß

(2) v. Selchow S. 341. Rudloff S. 159.

„Ihro Kaiserl. Majestät die allerhöchste Gnade haben
 „werden, diese *veniam aetatis* in ganz wenigen Tagen
 „ausfertigen zu lassen.“

Daß hier erwähnte, namens des Herzogs Carl verfaßte Memorial, datirt „Wolfenbüttel, den 9. September 1735,“ ward schon den 11. desselben zu Wien übergeben und durch Münchhausens dringende Sollicitationen bewürkt: daß das Kaiserl. Diplom schon unterm 13. desselben Monats ausgefertigt ist.

Der Reichshofrath sagt in seinem, an den Kaiser sehr übereilt erstatteten, Gutachten: es schiene allerdings, daß es bei dem Inhalte der Haus = Verträge und der Observanz des Hauses, einer *veniae aetatis* nicht bedürfe, wie denn auch kein Herzog von Braunschweig bei dem Kaiser darum nachgesucht habe, ausser Otto cocles im Jahre 1398, welches aber zur Zeit der damaligen Unruhen geschehen ⁽³⁾. „Nachdem aber bei dem Allen,“ heißt es im Gutachten weiter, „auf das Kaiserl. Reser-
 „vatum concedendi *veniam aetatis* um da mehr zu
 „sehen ist, als notorie sogar von dem Kaiserl. Cammer-
 „gerichte dergleichen nicht ertheilt werden;“ da ferner die Majorennität mit dem 18ten Jahre nicht anders, als nach vorgängigem Kaiserl. Privilegio oder Concession anfangen ⁽⁴⁾; da endlich die Testamente der Herzöge Su-

(3) Auch war derselbe damals noch nicht 18 Jahre alt.

(4) Aber eines Theils vertrat ja, wie schon gesagt, die Kaiserl. Confirmation des oft erwähnten Vertrages, die Stelle eines

lius und Georg (5) entgegen ständen; so sey es "bei dieser Bewandniß, zu Vermeidung aller Streitigkeiten mit den Agnaten am besten, veniam am aetatis zu ertheilen."

Daß der Reichshofrath diese ihm dargebotene Gelegenheit, zur Ausübung eines, in hiesigen Landen noch nie ausgeübten Kaiserl. Reservat-Rechts, das für ihn um so mehr Werth hatte, da selbst das Cammergericht dazu nicht berechtigt war, nicht aus den Händen lassen würde, ließ sich erwarten; und ist die Neigung dazu um so weniger zu verkennen, als davon sogar der erste Entscheidungsgrund hergenommen ist. — Daß dies Collegium ganz die Sprache des furchtsamen Premier-Ministers rede, und sich von demselben habe inspiriren lassen, ergiebt der Schluss, woraus zugleich erhellet: daß es nicht die Absicht gehabt habe, als Richter über die Gerechtsame des hiesigen Fürstl. Hauses zu erkennen, sondern daß es nur, gleich einem Anwalde, einen Act der iurisprudentiae cautelariorum habe ausüben, und unter dem Vorwande, daß das beste Mittel zu Verhütung möglicher Streitigkeiten mit den Agnaten gerade in seinen Händen sey, seinen Einfluss auf das Haus

Privilegiums; andern Theils aber war bei dem zwischen Herrn und Ständen so feierlich abgeschlossenen Vertrage, ein Kaiserl. Privilegium ganz entbehrlich.

(5) Von jenem habe ich bereits vorhin (§. 6. 7.) gesprochen; von diesem werde ich unten (§. 10.) reden.

Braunschweig geltend machen wollen. — Daß endlich die Sache durchaus übereilt, und weder reiflich erwogen ist, noch wegen Kürze der Zeit hat erwogen werden können, ergiebt das Ganze; — und folgt aus diesem Allen von selbst: daß die Rechte des Fürstl. Hauses und der Unterthanen, durch das Gesuch selbst, wobei sie wol nicht so, wie unter andern Umständen geschehen seyn würde, berücksichtigt sind, — so wie dadurch, daß der Reichshofrath sein Gesuch nicht zurückgewiesen, sondern:

weil es zu Vermeidung aller Streitigkeiten mit den Agnaten am besten sey, *veniam aetatis* zu ertheilen;

demselben statt gegeben hat; es folgt, sage ich, aus Obigem von selbst: daß dadurch die Rechte des Hauses und der Unterthanen weder geschmälert sind, noch haben geschmälert werden können oder sollen. Es ist auch dieser voreilige Schritt nachher von dem Herzog Carl ausdrücklich gemißbilligt (*). Wenn derselbe bei dieser

(*) In folgendem Pro Memoria. „Da einliegendes Diploma wegen *veniae aetatis* für des jetzt regierenden Herrn Herzogs Durchl. nach dem Ableben Dero Höchstseel. Herrn Vaters Durchl. ohne Dero Vorwissen, und während Dero Abwesenheit, da Se. Durchl. in Campagne bei der Kaiserl. Armee am Rhein gestanden, von Dero gleichfalls Höchstseel. Frau Mutter Durchl. und dem verstorbenen Premier-Minister von Münchenhausen um so mehr wider Dero Willen in Wien gesucht worden, weil Se. Durchl. da:

Gelegenheit anführt, daß der Kaiserl. Hof das Gesuch nicht wieder habe zurückgeben wollen: so ließ sich wol erwarten, daß das nicht geschehen, und alle Mühe vergeblich seyn werde. Kein Collegium retradirt Gesuche, worauf schon verfügt ist; und am wenigsten würde der Reichshofrath ein solches, für ihn so interessantes Gesuch zurückgegeben haben.

Nachher kam noch eine, von Ferdinand Albrecht selbst verfassete und eigenhändig geschriebene Scriptur vom 12ten Februar 1735 zum Vorschein, worin er erklärt: daß weil sein ältester Sohn, Prinz Carl, vor geraumer Zeit das 18te Jahr seines Alters erreicht, mithin nach der, im Fürstl. Hause in verschiedenen Fällen sich zeigenden Gewohnheit, seine Vogtbarkeit erlanget, derselbe aller künftigen Vormundschaft enthoben werden solle. Seltsamer Weise wird zwar hinzugesetzt: daß, wenn bei seinem (Ferdinand Albrechts) Absterben, Prinz Carl sein

mals bereits majorenn gewesen; man auch hiernächst, obgleich vergeblich, sich alle Mühe gegeben, die Acta, vermittlest welcher die *venia aetatis* gesucht worden, von dem Kaiserl. Hofe wieder habhaft zu werden; dem Hochfürstl. Hause aber dennoch keine Präjudiz daraus wird erwachsen können, als haben Se. Herzogl. Durchl. darüber gegenwärtiges Pro Memoria zur künftigen Nachricht aufsetzen lassen, und solches eigenhändig unterschrieben. Braunschweig, den 13. October 1765.

Carl, Herz. zu Br. Lüneb."

25stes Jahr noch nicht sollte erlangt haben, derselbe dennoch sofort und ohne Bestellung einer Curatel seine Sachen selbst besorgen, und zu dem Ende vom Kaiser *veniam aetatis* suchen solle; — offenbar aber kann man hieraus nichts weiter folgern: als daß Herzog Ferdinand Albrecht über die Folgen und Wirkung der Vogtbarkeit im Irrthume versirt habe.

Bemerkenswerth ist übrigens der direkte Widerspruch, worin die, dem Herzog Carl ertheilte *venia aetatis* mit demjenigen Verfahren steht, das wenig Wochen nachher der Reichshofrath gegen die Geschwister des Herzogs beobachtet hat. Zu gleicher Zeit nämlich mit dem Gesuche um *veniam aetatis*, ward bei dem Kaiser darauf angetragen, für besagte Geschwister des Herzogs, die Mutter derselben zur Vormünderin zu bestellen. Dies geschah auch vom Reichshofrathe am 14ten October 1735; aber — sie ward besage *tutorii* (das doch nach ausdrücklichem Inhalte des Reichshofraths *conclusi* vom 7. October für sämtliche minderjährige Prinzen und Prinzessinnen ausgefertigt werden sollte), (?) nur für diejenigen ihrer Kinder dazu bestellet, die noch unter achtzehn Jahren waren; für die hingegen, welche solches Alter schon überschritten hatten, Anton Ulrich (geboren den 28. August 1714) und Elisabeth Christine (geboren den 8. Nov. 1715) obgleich beide jünger als Herzog Carl, ist eine Vormundschaft nicht angeordnet; eben

(?) Mosers deutsches Staatsrecht. Thl. 17. S. 363. §. 94.

dadurch aber ihre Volljährigkeit auf das deutlichste anerkannt; — vermuthlich weil man entweder in der Zwischenzeit sich eines bessern belehrt hatte, oder weil man hier nicht von einem furchtsamen Minister gebrängt ward.

• Mögte nun auch allenfalls, so viel die Prinzessin Elisabeth Christine betrifft, der Grund der unterbliebenen Bevormundung, in ihrer, damals bereits vollzogen gewesenen Vermählung liegen; bei Anton Ulrich wenigstens fällt jeder andere Grund weg, denn auch seine Vermählung mit Anna, nachheriger Regentin des Russischen Reichs, erfolgte erst mehrere Jahre später.

§. 9.

Es bleibt jetzt noch übrig, über die nach dem im Jahre 1746 erfolgten Tode des vorhin erwähnten Herzogs von Bayern, Ernst Ferdinand, eingetretenen Ereignisse ein Paar Worte zu sagen. Herzog Carl schrieb nämlich nach dessen Tode unterm 26sten Septbr. desselben Jahrs, an dessen ältesten Prinzen August Wilhelm (geb. den 10. Oct. 1715) er wünsche, daß derselbe und seine Mutter die Vormundschaft über die minderjährigen Geschwister übernehmen möge. August Wilhelm erwiederte darauf unterm 13. Oct.: in dem väterlichen Testamente sey seine Mutter allein zur Vormünderin constituiert; auch sey Niemand mehr minorenn als sein Bruder Friedrich Carl Ferdinand, „welcher

„doch künftigen Monat April sein 18tes Jahr und nach „der Observanz des hiesigen Fürstl. Hauses, die Majoren- „nität erreicht,“ und seine Schwester Anne Marie.

In dem erwähnten väterlichen Testamente vom 10ten Mai 1738 hatte nun Ernst Ferdinand seine Gemahlin zur alleinigen Vormünderin seiner Kinder, und zwar der Söhne, bis sie das 18te Jahr zurückgelegt haben würden, bestellt; und erklärte nunmehr Herzog Carl, daß er es bei dem Inhalte des Testamentes gern lassen wolle.

§. IO.

Wer nun dasjenige was ich bisher vorgetragen habe, sine ira et studio erwägt, dem muß, dünkt mich, die lebendige Ueberzeugung sich aufdringen, daß, alle übrigen Gründe abgerechnet, sich auch die Observanz (wozu bekanntlich schon ein einziger Fall genügt, und die Mehrheit der Fälle so wenig, als der Ablauf einer bestimmten Zeit erforderlich ist) ⁽¹⁾, wenigstens in der Braunschweigischen Linie, gebildet habe, daß zur Volljährigkeit und zum Regierungs-Antritt es eines

(1) Meurers juristische Abhandl. und Beob. Thl. I. Nr. 6. §. 5. 8. Schnauberts Beiträge zum deutschen Staats- und Kirchenr. Thl. I. Nr. 6. §. 3. Häberlins Handb. des Deutschen Staatsrechts. Thl. I. §. 45. 47. Gönners Staatsrecht. §. 27. Nr. 3. 4. Hofacker princ. jur. civ. Tom. I. §. 127.

25jährigen Alters nicht bedürfe, vielmehr das 18jährige hinreiche; auch wird sich kein Beispiel finden lassen, daß ein Regierungs-Nachfolger, wenn er bei dem Tode seines Vorgängers noch nicht 25 Jahr alt gewesen, bis zu dessen Ablauf gewartet hat.

Solchergestalt sind alle die Gründe, welche schon einzeln genommen den frühern Eintritt der Majorität bewürken, nämlich Hausverträge, Kaiserl. Privilegien und Observanz hier vereinigt vorhanden; sie greifen in einander, unterstützen einer den andern kräftig, und es giebt vielleicht kein anderes deutsches Fürstenhaus, worin die frühere Volljährigkeit auf so zusammentreffenden Gründen beruhet.

Beinahe eben so fest stehet auch die Observanz der Lüneburgischen Linie, wiewol darauf nicht einmal etwas ankömmt.

Zwar haben, nach Herzogs Ernst des Bekenners im J. 1546 erfolgten Tode, die Landrätthe und Stände, denen bei der Minderjährigkeit seines Sohnes Franz Otto (geb. den 20. Junius 1530) die Regierung übertragen war, solche demselben erst im Jahre 1555 übergeben (²); es ist aber die Ursache dieser Verzögerung leicht einzusehen. Als nämlich die Landstände denselben am 29. März 1555 (also noch vor zurückgelegtem 25sten Jahre) auf einem Landtage inständig ersuchten, daß er nunmehr die Regierung übernehmen möge, wollte er sich

(²) Rehtmeyer, Zhl. 2. S. 1371. 1372.

anfangs dazu nicht verstehen, weil das Land durch verschiedene, von seinem Großvater geführte Kriege, und besonders die Hildesheimische Fehde sehr verschuldet, auch durch den Harburgschen Antheil geschwächt war; — und entschloß sich endlich nur, sie vorerst eine Zeitlang auf die Probe anzutreten ⁽³⁾. Es ist also leicht zu erachten, daß er sie noch weniger habe früher antreten wollen; daß also die Vormünder sich in der Nothwendigkeit befunden haben, sie länger wie gewöhnlich fortzuführen. Auch ergeben gleichzeitige und nachfolgende Beispiele ganz andere Resultate.

Als Herzog Otto der ältere von Harburg am 11ten August 1549 starb, folgte ihm sein Sohn Otto der jüngere (geb. den 25. Sept. 1528) ohne daß eine Vormundschaft angeordnet ward, in der Regierung ⁽⁴⁾. Als der eben erwähnte Franz Otto am 29. April 1559 ohne Kinder starb, folgten ihm in der Regierung seine beiden Brüder Heinrich und Wilhelm, und trat auch Letzterer, obgleich geboren den 4ten Julius 1535, also erst im 24sten Jahre, sofort ohne Vormund und als selbstständiger Regent auf ⁽⁵⁾; muß also wol einen Vormund nicht mehr gehabt haben. Als endlich eben dieser Wilhelm im Jahre 1590 wegen Leibeschwachheit, der Regierung allein nicht vorstehen konnte, mußten auf Er-

⁽³⁾ Scheid Vorrede zu seinem codex diplomat. S. 73.

⁽⁴⁾ Rehtmeyer, Zhl. 2. S. 1337. 1338.

⁽⁵⁾ Ders. S. 1375. 1377. 1378. 1612.

suchen der Landschaft seine Söhne Ernst und Christian, die Regierung mit verwalten, obgleich Letzterer erst am 19ten Nov. 1566 geboren, also noch nicht 25 Jahr alt war ⁽⁶⁾.

Wenn übrigens Herzog Georg von Lüneburg in seinem am 20sten März 1641 errichteten Testamente ⁽⁷⁾ sagt: daß seine junge Herrschaft ihr völliges vogtbares Alter noch nicht allerdings erreicht, ja theils noch in ihrer ersten Kindheit begriffen sey, so hat er Recht; denn nur der Älteste allein hatte es damals erreicht. Daß er aber diesen ältesten (Christian Ludwig geb. den 25. Febr. 1622.) schon für majorenn hielt, erhellet daraus: daß er ihm, ob er ihn gleich ausdrücklich zu seinem Nachfolger ernannte, dennoch keine Vormünder bestimmte, und ihn nur lediglich an den Rath seiner Mutter und seiner Rätthe, so wie an die Assistenz seiner Verwandten verwies ⁽⁸⁾; auch hat derselbe sofort nach dem, am 11. April 1641 erfolgten Tode seines Vaters die Regierung angetreten ⁽⁹⁾.

Die erwähnte Assistenz der Verwandten sollte nun zwar bis zum 25sten Jahre dauern ⁽¹⁰⁾; allein das ist von den Söhnen nicht befolgt. Denn zu dem, zwischen

⁽⁶⁾ Rehtmeyer, Ihl. 3. S. 1624. 1635.

⁽⁷⁾ Ders. Ihl. 3. S. 1659.

⁽⁸⁾ Cf. Scheid Anmerk. zu Mosers Braunsch. Staatsrecht. S. 52.

⁽⁹⁾ Rehtmeyer, Ihl. 3. S. 1660. 1663.

⁽¹⁰⁾ Ders. Ihl. 3. S. 1660. §. 34.

den beiden ältesten Söhnen unterm 10. Junius 1646 aufgerichteten Reccessen ist von Seiten des ältern, ob er gleich noch nicht 25 Jahr alt war, überall kein Assistent zugezogen; und wenn gleich der jüngere

„damit wegen Validität dessen, was jetzt gehandelt,

„um da weniger einiger Zweifel entstehen möge”

die Assistenz seiner Mutter und seines Vetterns, des Landgrafen Johann, erbeten hat; so ist das nicht in Rücksicht des väterlichen Testaments, sondern bloß in der Rücksicht geschehen:

„weil Wir Herzog Georg Wilhelm noch zur

„Zeit zu keiner Regierung gelanget, noch mit Re-

„gierungs-Räthen gefasset; (¹¹)

also weil er Niemanden gehabt hat, der ihm hätte a consiliis seyn können.

Wie übrigens in gedachtem Reccessen zugleich verabre-
det ist: „daß die Nachkommen an der Regierung sowol,
„als die Nichtregierenden, nach erreichtem 18ten
„Jahre ihres Alters schwören sollen, daß sie dieser
„Erbvereinigung getreulich nachleben wollen, und ehe
„solches geschehen, zu keiner Regierung ver-
„stattet werden sollen”; (¹²) so ist dadurch die Be-
fugniß der Nachfolger, nach erreichtem 18ten Jahre ihres
Alters die Regierung anzutreten, deutlich genug anerkannt.

Wenn endlich, als der vorhin gedachte Wilhelm

(¹¹) Rehtmeyer, Ehl. 3. S. 3. S. 1666.

(¹²) Derf. S. 1672. §. 25.

seit dem Jahre 1581 in eine schwere Gemüthskrankheit versiel, die vormundschaftliche Regierung nicht seinem Sohne Ernst, sondern seinem Vetter, dem Herzog Philipp von Grubenhagen übertragen ward: ⁽¹³⁾ so gehört ein solcher Fall nicht hieher.

Ernst (geb. den 31. Dec. 1564) ⁽¹⁴⁾ war damals erst im 17ten Jahre; mithin, wenn man es auch unbedenklich gefunden haben sollte, die vormundschaftliche Regierung dem Sohne zu übertragen, doch nicht in dem Alter, sie übernehmen zu können. Daß also ein Dritter sie übernehmen mußte, ist einleuchtend; offenbar aber war es nicht rathsam, diesen Dritten, nach kurzer Frist, wieder zu entfernen, und einen neuen Regenten zu bestellen; zumal da sich nicht voraussehen ließ, ob nicht der Vater bald genesen würde, mithin der Sohn ebenfalls nach einer kurzen Frist würde wieder zurücktreten müssen.

Wenigstens läßt sich daraus, daß man den Sohn nicht zum Vormunde des Vaters bestellte, offenbar nicht schließen, daß wenn der Vater nach zurückgelegtem 18ten Jahre des Sohnes gestorben wäre, es noch einer vormundschaftlichen Regierung für den Sohn bedurft hätte.

⁽¹³⁾ v. Selchow. S. 289.

⁽¹⁴⁾ Rehtmeyer, Ehl. 3. S. 1624.

Handwritten: *Handwritten text, possibly a library stamp or signature.*

Handwritten: *Handwritten text, possibly a library stamp or signature.*

Handwritten: *Handwritten text, possibly a library stamp or signature.*

Handwritten: *Handwritten text, possibly a library stamp or signature.*

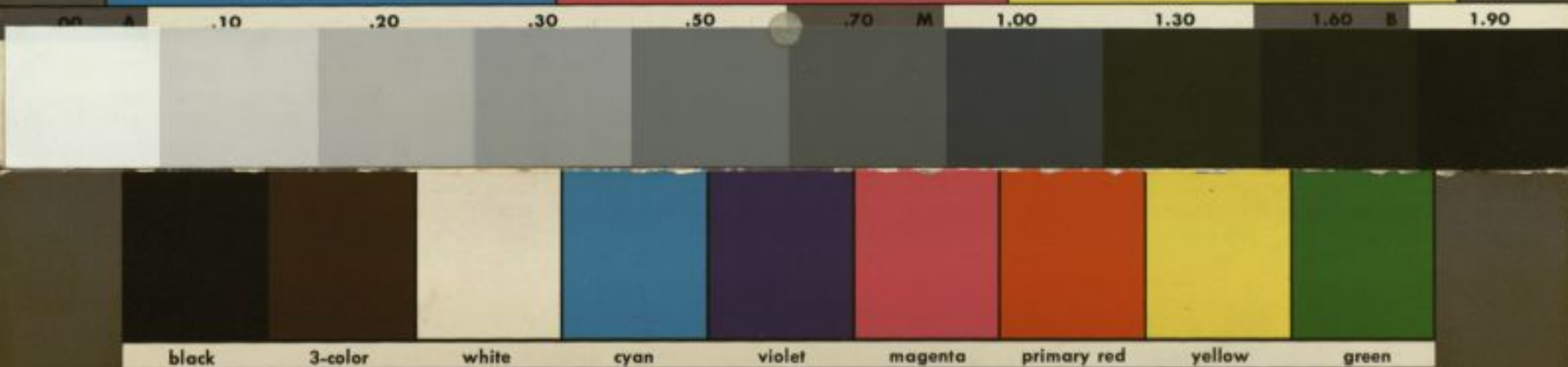




KODAK GRAY SCALE



C	Red-Filter Negative	Cyan Printer	M	Green-Filter Negative	Magenta Printer	Y	Blue-Filter Negative	Yellow Printer
----------	---------------------	--------------	----------	-----------------------	-----------------	----------	----------------------	----------------



KODAK COLOR CONTROL PATCHES



These colors have been selected as representative of those inks commonly used in photomechanical reproduction.